

Haushaltsrede Stv-Fraktion Die Linke zum Doppelhaushalt 2024/25

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Meine Herren, meine Damen,

Zunächst gilt auch unser Dank den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, die versuchen, trotz einer zerstrittenen Verwaltungsspitze den „Laden am Laufen zu halten“.

Nun aber zum Handeln des Verwaltungsvorstandes:

„Es fehlt nicht am Geld, sondern an der Umsetzung.“

So zitiert mich unser Kämmerer und Bürgermeister seit Wochen. Und er fügte in seinem Freitagsblick vom 22. September noch hinzu

„Es fehlt nicht am Geld, sondern an der Umsetzung– und am Willen dazu.“

Und auch da stimme ich mit ihm überein.

Jetzt fehlt es nur noch an den Konsequenzen aus dieser Erkenntnis. Um es mit Goethe zu sagen: **Es ist nicht genug zu wissen - man muss auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen - man muss auch tun.“**

Aber davon sind wir meilenweit entfernt!

Angefangen, dass Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung oder den Ortsbeiräten z.T. monatelang unbeantwortet bleiben, werden Beschlüsse auch monatelang nicht umgesetzt und geraten teilweise offenbar ganz in Vergessenheit.

Und weiter, dass Maßnahmen zwar angekündigt und Gelder dafür im Haushalt bereit gestellt werden, aber jahrelang nichts geschieht.

Einige Beispiele dafür (Aufzählung natürlich unvollständig wg. der Redezeitbeschränkung):

Brandweiher Marxheim, Verkehrsgutachten Nahkauf-Bebauung Lorsbach, Verkehrsführung/-beruhigung Hofheimer Altstadt, Interessenbekundungsverfahren/Nutzung Hof Ehry, (Interims-)Kindergärten, Bürgerforum Elisabethenstraße 3a, Neufassung des Hofheim-Passes ohne die beschlossene Aufnahme des Entfalls der Zuzahlungspflicht für die Colibri-Nutzung.

Zum Hof Ehry: Am 26.09.18 wurde beschlossen, dass ein privater Investor auf der Grundlage eines langfristigen Pacht- oder Erbpachtvertrages auf eigene Kosten die Sanierung übernehme und im Rahmen eines Ideenwettbewerbes eine attraktive gewerbliche Nutzung des Haupthauses, des Nebengebäudes und der Scheune ... ausgewählt würde. (Vorl. 2018/085) Am 09.02.21 teilte der Magistrat auf unsere Anfrage mit: Der Ideenwettbewerb ist in der Vorbereitung. Es liegt bereits ein Entwurf für eine Wettbewerbsbroschüre vor. Hier sind jedoch noch inhaltliche

Anpassungen vorzunehmen. Sobald der vollständig abgestimmte Entwurf ausgearbeitet ist, wird dieser vorgestellt. Am 01.02.22 war in der Presse über eine Pressekonferenz des Magistrates zu lesen, dass der Ideenwettbewerb zur Nutzung des Hofes Ehry bis zum 8. April dieses Jahres laufe. Info-Broschüre und Anträge stünden auf der städtischen Homepage zum Download bereit. Die Broschüre war den Stadtverordneten nicht im Entwurf vorgestellt worden. Am 03.11.2022 war im „Höchster Kreisblatt“ zu lesen: „Die Ausschreibung eines Konzeptes für den Hof Ehry brachte kein befriedigendes Ergebnis und soll wiederholt werden. Am 06.12.2022 beschloss die Stadtverordnetenversammlung u.a.: „Die Nutzung durch Hofheimer Vereine und Unternehmen werden in die Überlegungen über die dauerhafte künftige Nutzung des Hof Ehry einbezogen. Wir bitten den Magistrat, bis zur zweiten Sitzung in 2023 ein Konzept/eine Planung vorzulegen, um Fördergelder in 2023 beantragen zu können.“ Dieses Konzept wurde den Stadtverordneten bis heute nicht vorgelegt. Stattdessen teilte der Magistrat im September 2023 (Mitt. 37/2023) mit: Im Zuge des zweiten Ausschreibungsverfahrens zum Ideenwettbewerb Hof Ehry wurde dem Magistrat der Stadt Hofheim ein Konzept vorgelegt, das den Betrieb eines Gastronomiebetriebes in der Liegenschaft Hofheim Ehry vorsieht. Dieses Konzept wurde dem Magistrat vorgestellt und von diesem befürwortet. Im Rahmen eines Letter of Intent wurden nun zwischen der Stadt und dem zukünftigen Betreiber verschiedene Vereinbarungen fixiert, die als Grundlage für einen noch abzuschließenden Pacht- und Sanierungsvertrag dienen. Welcher Art der Gastronomiebetrieb sein soll, welche Gebäudeteile dafür genutzt werden sollen, usw. wissen wir bis heute – 5 Jahre nach dem Beschluss zum Ideenwettbewerb - nicht.

Zur Gaststätte Meisterturm: Das ist ein besonders trauriges Kapitel des Umgangs mit städtischen Liegenschaften und Pächtern derselben!

Am 22.01.20 teilte der Magistrat im OBR Kernstadt mit: Nach weiteren Untersuchungen der Bausubstanz und insbesondere der technischen Anlagen sowie in Gesprächen mit der Pächterin wurde beschlossen, an den Bestandsgebäuden keine Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen. Vielmehr sieht die derzeitige Planung ein Abriss aller bestehenden Gebäude (Gaststätte, Wohnhaus und Scheune), welche nicht unter Denkmalschutz stehen, auf dem Meisterturmgelände vor, um diese durch einen Neubau zu ersetzen. Hierzu haben bereits mehrere Gespräche mit der Pächterin stattgefunden. Derzeit werden erste Planungen diskutiert und belastbare Kosten ermittelt, um über mögliche Finanzierungsmodelle mit der Pächterin zu verhandeln. Wunsch ist es **im Jahr 2021 den Neubau in Fertigbauweise** zu errichten. Sobald genaue Erkenntnisse hinsichtlich Planung, Kosten und Termine vorliegen wird der Ortsbeirat informiert. Am 24.11.22 beantwortete der Magistrat unsere Anfrage nach dem Sachstand wie folgt: Erste Konzeptideen zur Verortung der einzelnen baulichen Elemente wurden erarbeitet. Das kombinierte Haus der Michelsberger Kultur und das Haus des Waldes soll im jetzigen Bereich der Scheune und des Wohnhauses platziert werden. Im Bereich des jetzigen Gaststättengebäudes soll das neue Gebäude für den Weiterbetrieb der Gastronomie entstehen. Eine ausgearbeitete Ausstellungskonzeption liegt noch nicht vor. Es wurde bereits ein Architekt gefunden, der bei der Planung der Gebäude selbst in den ersten Planungsphasen unterstützen wird. Hier werden

zurzeit die vertraglichen und planerischen Grundlagen geschaffen. Und im aktuellen Haushaltsplan steht jetzt, **im Dezember 2023**, dass die Sanierung der Gaststätte bzw. deren Abriss für 2025 geplant sei, auf Nachfrage wurde im HFBA vom zuständigen Dezernenten erklärt, dass das ehemalige Wohnhaus abgerissen werde und es für den Rest, also die Gaststätte, erstmal Pläne brauche. Das heißt ja wohl, dass man nach vier Jahren keinen Schritt weiter gekommen ist und ein Abriss auch des Gaststättengebäudes ohne baldigen Neubau und somit der Verlust eines beliebten Ausflugszieles droht.

Zur Nachnutzung des ehemaligen Bücherei-Grundstücks: Hier wurde das Bürgerforum im September 2022 unterbrochen, als die eigentliche Diskussion gerade begonnen hatte, und bis heute nicht fortgesetzt. Stattdessen überraschte die Rest-Koalition in den Haushaltsberatungen mit einem Nutzungsvorschlag, den der Magistrat umgehend in Angriff nehmen sollte. Während sich die Stadtverordneten-Kollegen der Koalition überzeugen ließen, nur eine Einbringung ihres Vorschlages in die Diskussion des Bürgerforums zu fordern, wogegen ja nichts spricht, verkündete der Bürgermeister in seinem letzten Freitagblick und eben auch Frau Schwarz, dass in den Haushaltsberatungen beschlossen worden sei, auf dem ehemaligen Bücherei-Grundstück die Musikschule und das Bürgerbüro unterzubringen. Damit wäre die weitere Bürgerbeteiligung zur Frage der Nutzung dann nur noch eine Farce!

Schaffung von Kita-Plätzen: Über die aktuelle Betreuungssituation werden wir auch nicht zeitnah informiert, der letzte Quartals-Bericht über den Stand der Entwicklung der Kinderbetreuung hat den Stand 30.06.23, vorgelegt im September, ein Bericht nach dem Beginn des neuen Kita-Jahres lag in der Ausschuss-Sitzung am 4. Dezember noch nicht vor und soll uns zugehen, sobald er vorliegt. Vermutlich wird sich die Zahl der verfügbaren Betreuungsplätze nicht erhöht haben, die Zahl der Kinder, deren Eltern einen Betreuungsplatz suchen, dagegen schon. Bekanntlich ist die Kreisstadt absolute Spitze bei der Zahl der beim Kreis geltend gemachten Schadensersatzansprüche wegen fehlender Kinderbetreuungsplätze.

Es gab große Pläne für den Umbau des ZOB ohne Kapazitätsgewinn, aber der Bussteig für den Stadtbuss ist immer noch nicht erhöht, um einen barrierefreien Ein- und Ausstieg zu ermöglichen. Selbst die in Aussicht gestellte Sparversion mit einer provisorischen Erhöhung wurde nicht umgesetzt.

Es soll für viel Geld ein barrierefreier Zugang vom umzubauenden Bussteig vor dem Bahnhofsgebäude zum verschlossenen, bis auf Kiosk und Friseur weitgehend leerstehenden Empfangsgebäude errichtet werden, statt die vorhandene Rampe neben dem Gebäude von der Steigung her rollstuhlgerecht anzupassen, so dass Fahrgäste vom Bus zum Bahnsteig kämen, wenn dort ausnahmsweise mal ein Zug abfährt.

Bzgl. des barrierefreien Zugangs zum Bahnhof Lorsbach wartet der Magistrat einfach auf Infos durch die DB, statt sich selbst nach dem Zeitplan zu erkundigen und das hohe Interesse Hofheims an der Maßnahme deutlich zu machen.

Stattdessen gibt es gigantische Pläne für einen Busbahnhof mit 8 Bussteigen (mehr als am ZOB!) und ein Parkdeck für ursprünglich 500, nunmehr wohl „nur“ noch 300) Fahrzeuge am Haltepunkt Wallauer Spange, ohne dass ersichtlich ist, woher

die vielen Buslinien und das Fahrpersonal sowie das immense P+R-Aufkommen an diesem Haltepunkt, kommen sollen. Aber 40% der Kosten für diesen Gigantismus auf der grünen Wiese ohne nachgewiesenen Verkehrswert muss die Stadt Hofheim tragen.

Keinerlei Bemühungen gibt es dagegen offenbar für die Einrichtung von Sozialräumen im immer noch leer stehenden Empfangsgebäude des Hofheimer Bahnhofs zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Bus-Fahrpersonals.

Stadtentwicklung findet im wesentlichen nur noch durch Investoren statt (Frank/Weiss, Horn, Instone, Krieger). Der Flächennutzungsplan ist für den Magistrat offenbar ebenso unbeachtlich wie der Landesentwicklungsplan. Statt die im RegFNP ausgewiesenen Flächen entsprechend der dortigen Festsetzungen zu entwickeln, arbeitet der Magistrat mit Zielabweichungsverfahren, um dort Baugebiete (anders) auszuweisen, wo keine vorgesehen sind, lässt aber die Arbeit an ausgewiesenen Wohnbauflächen ruhen, im einzelnen:

Abweichend vom FNP oder mit Zielabweichung vom LEP:

Homburger Straße 100 Wohnungen Instone:

Hattersheimer Straße 400 Wohnungen Horn:

Auf den Gleichen 400 Wohnungen Frank/Weiss :

In der Laach:

Rechenzentrum Marxheim:

unter Darstellungsgrenze RegFNP:

Wildsachsen, Jungehag

Diverse Abrundungssatzungen (Wallau, Marxheim)

gegen die Vorgaben des LEP

Langenhain südl. Oranienstraße

Dagegen im FNP ausgewiesen:

Höchster Straße 60 Wohnungen (HWB)

Römerwiesen 1400 Wohnungen

Dort tut sich schon lange nichts mehr.

Es ist daher ziemlich egal, welche Mittel im Haushalt stehen, solange es am Willen des Magistrates fehlt, sie zweckentsprechend einzusetzen. Wir haben uns daher im wesentlichen darauf beschränkt, die Streichung vom Mitteln zu beantragen, die ohnehin im nächsten Jahr oder auch 2025 nicht ausgegeben werden (können), um die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes zu erleichtern. Dass diese Vorschläge abgelehnt wurden, ändert an der nicht erfolgenden Umsetzung nichts.

Es bleibt nur, zu hoffen, dass sich mit der Zusammensetzung des Magistrates im nächsten Jahr auch etwas am Willen zur Umsetzung ändert!

„In fremde Planungen mischen wir uns nicht ein.“, dieser vom scheidenden Planungsdezernenten aufgestellte Grundsatz lässt die Hofheimer Bevölkerung immer wieder mit Problemen allein und schafft vollendete Tatsachen gegen die nicht mehr erfolgreich angegangen werden kann. – Das muss aufhören!

Beispiele:

Vollsperrung L 3011: Hier hätte der Magistrat den Plänen und dem gewählten Verfahren (Plangenehmigung statt Planfeststellung) frühzeitig widersprechen müssen und vor allem hätte er die städt. Gremien umgehend von der Einleitung des Plangenehmigungsverfahrens informieren und sie beteiligen müssen, Stattdessen erfuhren die Lorsbacher OBR-Mitglieder von der erfolgten Plangenehmigung einen Monat später eher zufällig durch einen aufmerksamen Bürger, der im Internet recherchiert hatte. Gleiches droht jetzt zwischen Lorsbach und Eppstein. Dort will Hessen Mobil einen Kanal auswechseln und dafür ebenfalls die L 3011 voll sperren. Der Magistrat hat nach Bekanntwerden der Planungen vor Monaten in einem Schreiben an Hessen Mobil gegen dieses Vorgehen protestiert, aber seither nicht mehr nachgehakt und kennt keinen aktuellen Sachstand, also auch keinen Zeitplan.

Ultranet: hier musste der Magistrat von der BI „Ultranet-wollmernet“ zum Jagen getragen werden, um sich wenigstens den Kommunen Niedernhausen und Eppstein anzuschließen und die BI zu unterstützen. Finanzielle Unterstützung für Rechtsgutachten gab es und solche ist auch im neuen Hh vorgesehen, aber wie die Vorlage zum Baugebiet südlich der Oranienstraße zeigt, hat der Magistrat – wie leider offenbar auch die Mehrheit der Stadtverordneten - die Problematik der Hybrid-Höchstspannungsleitung Ultranet bis heute nicht verstanden und relativiert seine Forderungen bzgl. der Verschwenkungen der Höchstspannungsleitung gerade selbst.

Übrigens resultiert das Vorhandensein der derzeitigen Wechselstrom-Höchstspannungs-Freileitung ebenfalls aus Untätigkeit früherer Verwaltungsvorstände, die die Hochrüstung der ursprünglichen einfachen 110/229-kV-Leitung auf schließlich zweimal 380 kV ohne ordnungsgemäßes Verfahren als z.B. „Sanierungsarbeiten“ zuließen.

Auch der Rhein-Main-Link der Fa. Amprion nach Marxheim, bei dem gerade die Frist zur Stellungnahme läuft (bis 29. Januar 2024) findet ohne Befassung und ohne Information der städtischen Gremien statt.

Das Restrukturierungskonzept für die Varisano-Kliniken sieht u.a. die Schließung der Notaufnahme in Hofheim vor, was dazu führen wird, dass die Hofheimer Klinik kein Krankenhaus mehr ist. Die StvV hat im September einstimmig beschlossen, dass der Magistrat diese Entwicklung verhindern soll, aber was ist geschehen? Der Magistrat hat nach Auskunft des Bürgermeisters unseren Beschluss an den Landrat geschickt, das war's!

Auch hier muss sich etwas ändern!

Zurück zum Haushaltsplan 2024/25:

Da aber in solch unsicheren Zeiten, wo eine Krise die nächste – nein nicht ablöst, sondern ergänzt –, wir eine neue Landesregierung bekommen, die

Bundesregierung sich noch nicht über ihren Hh-Entwurf einig ist, die Höhe der Kreisumlage 2025 nicht absehbar ist, ja, noch nicht einmal der 2024er Kreishaushalt beschlossen ist, da somit so viele Unwägbarkeiten vorliegen, und es gilt - um auf Wunsch unseres Stadtverordnetenvorstehers doch noch Immanuel Kant zu zitieren -

„Es ist nichts beständig als die Unbeständigkeit.“

sollte jedenfalls **kein Doppelhaushalt** verabschiedet werden, sondern nur einer für 2024.

Einen Doppelhaushalt lehnen wir ab.

Barbara Grassel

12.12.2023